

Antrag der Abteilung 45

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Wir begrüßen die bisherigen Maßnahmen der SPD-geführten Bundesregierung zur **Unterstützung der Ukraine bei der Ausübung ihres völkerrechtlich verbrieftem Rechts auf Selbstverteidigung** nach Artikel 51 der VN-Charta gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands. Der Rückzug von regulären und irregulären russischen Kräften aus dem gesamten Staatsgebiet der Ukraine, der Schutz der ukrainischen Grenzen sowie Frieden und Stabilität in ganz Osteuropa sind auch Voraussetzungen für die dauerhafte Sicherheit Europas und Deutschlands.

Wir fordern deshalb die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf:

1. die **Unterstützung der Selbstverteidigung** der Ukraine auf eine zeitlich unbefristete Grundlage zu stellen, insbesondere durch:

- Die uneingeschränkte Bereitstellung von benötigten Waffen, Ausrüstung und Munition, um den Abwehrkampf der Ukraine zu ermöglichen und von Russland besetztes Territorium zu befreien, um die territoriale Integrität der Ukraine in den Grenzen von 1991 wiederherzustellen,
- Die Stärkung bzw. den Aufbau von Produktionsketten in Deutschland und Europa zur dauerhaften Bereitstellung von der Ukraine benötigter militärischer Güter,
- Die weitere Forcierung der Energieunabhängigkeit von Russland in Europa und die Unterstützung für gleichgerichtete Vorhaben weltweit,
- Die Aufrechterhaltung und, wo möglich, Verschärfung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland, auch durch ein verbessertes EU-Regelwerk,
-
- Die Verstetigung von Wirtschaftshilfen zur Stabilisierung der ukrainischen Volkswirtschaft,
- Nachhaltige diplomatische und wirtschaftliche Initiativen, um die russische das Zurückhalten von Lebensmitteln und Energie für Drittstaaten zu unterbinden,
- Die unverrückbare Absage an jegliche Verhandlungen mit Russland ohne die Ukraine,
- Den verstärkten Dialog mit und die strategische Einbindung von transatlantisch-orientierten Partner*innen in der US-amerikanischen Zivilgesellschaft, Think Tanks und politischen Entscheidungsträger*innen,
- Den entschiedenen Widerstand gegen Versuche, Hilfen für die Ukraine und die Finanzierung des deutschen Sozialstaats in der politischen Debatte gegeneinander auszuspielen und damit die Solidarität mit der Ukraine zu untergraben.

2. Angesichts der Möglichkeit russischer Versuche zur Destabilisierung der Ukraine nach einem zukünftigen Ende der Kampfhandlungen und der Gefahr erneuter russischer militärischer Aggression gegen die Ukraine in der Zukunft die Vorbereitungen für den **Wiederaufbau und den Schutz der Ukraine** weiter zu intensivieren, insbesondere durch:

- Die Ausgestaltung der "RebuildUkraine"-Plans der Europäischen Union als umfassendes Wiederaufbauprogramm, inklusive der Umsetzung einer dezentralen Energie-Infrastruktur und dem schnellstmöglichen Aufbau einer Versorgung mit erneuerbaren Energien,
- Die Stärkung der europäischen Kooperation mit, und der europäischen Unterstützung für, die ukrainischen demokratischen Zivilgesellschaft, inklusive der ukrainischen Gewerkschaftsbewegung,
- Die dauerhafte Unterstützung für die Ukraine bei der Aufrechterhaltung ihrer Verteidigungsfähigkeit und dem Schutz ihrer Grenzen,
- Unterstützung bei den Bemühungen der Regierung um verbesserte Korruptionsbekämpfung,
- Belastbare Sicherheitsgarantien und eine realistische EU- und NATO-Beitrittsperspektive für die Ukraine nach Kriegsende.

3. Angesichts der Notwendigkeit einer **dauerhaften Perspektive für Frieden und Sicherheit in Europa** die Ideen des Positionspapiers "Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch" und des 5-Punkte-Plans "Gemeinsam für eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik in Europa" weiterzuentwickeln und umzusetzen, insbesondere durch:

- Die stärkere Einbindung von Expert*innen aus Osteuropa, besonders auch aus der Ukraine, in der Forschung und bei der Beratung der deutschen und europäischen Politik auf allen Ebenen und eine kritische Evaluierung der bisherigen Beratungsstrukturen,
- Die Unterstützung der belarussischen Opposition mit dem Ziel, den demokratischen Widerstand gegen Diktatur und russische Fremdbestimmung zu stärken,
- Die Unterstützung der demokratischen russischen Opposition,
- Die finanzielle und strukturelle Förderung von sich im Exil befindlichen demokratischen Kräften aus autokratischen Ländern Osteuropas,
- Die Ausformulierung der neuen europäischen Russlandpolitik als Verbindung von Sicherheit für Russlands Nachbarn und überzeugenden Perspektiven der Zusammenarbeit für ein Russland, das bereit ist, diese Sicherheit nachprüfbar zu garantieren.

Begründung

Mit der dramatischen Eskalation des 2014 begonnenen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 ist endgültig klar geworden, wie groß die aktuellen Herausforderungen an sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik wirklich sind. Im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD steht: "Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft internationale Sicherheit". Würde Russlands erklärtes Ziel, den ukrainischen Staat und die ukrainische Kultur zu zerstören, durch militärische Erfolge Realität, hätten wir als Demokrat*innen und Sozialdemokrat*innen versagt - und die Keime zukünftiger blutiger Konflikte wären gesät. Wollen wir eine solche Situation verhindern, müssen wir immer wieder neu bewerten, was notwendig ist, damit die Ukraine nicht nur ihre Grenzen wiederherstellen kann, sondern in der Lage ist, ihre Bevölkerung dauerhaft zu schützen. Das kann nur gelingen, wenn die Ukraine sich nicht nur militärisch verteidigen kann, sondern eine gute wirtschaftliche und demokratische Entwicklung des Landes

Versuche der politischen Destabilisierung aussichtslos macht. Sind diese Voraussetzungen gegeben, steigen die Chancen für wirksame diplomatische Initiativen zur Erreichung des dauerhaften Friedens, den die Menschen in der Ukraine verdienen. Ein solcher Frieden ist nur als Teil einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa denkbar. Es muss dabei Ziel bleiben, im Rahmen zukünftiger Verhandlungen auch der Bevölkerung von Belarus zu helfen, die 2020 und 2021 zu Tausenden für Demokratie und Unabhängigkeit auf die Straße gegangen ist, bis ihr Protest mit Gewalt niedergeschlagen wurde und deren Land heute von Russland faktisch besetzt ist.

Gleichzeitig müssen wir auch unsere Strategien im Umgang mit Russland selbst immer wieder auf den Prüfstand stellen. Im Hamburger Grundsatzprogramm heißt es richtig: "Die Öffnung Russlands sichert Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent." Was allerdings 2007 noch als greifbares Ziel erschien, ist durch die beschleunigte Zerstörung der russischen Zivilgesellschaft durch das Putin-Regime zu einer Perspektive geworden, für die Grundlagen erst wieder neu geschaffen werden müssen. Gerade vor dem Hintergrund der Verfolgungsgeschichte der Sozialdemokratie dürfen wir russische Demokrat*innen in Russland und im Exil in dieser Situation nicht im Stich lassen. Eine bessere Zukunft für Russland und dauerhafter Frieden sind nur denkbar, wenn diese Minderheit in Russland irgendwann zur Mehrheit wird. Die vergangenen Monate haben die Grenzen unserer bisherigen Versuche zur Unterstützung dieses Weges unerbittlich offen gelegt. Umso drängender ist es jetzt, in dieser Frage neue Ansätze zu entwickeln.

Deutschland muss zur Entwicklung dieser Ansätze, genau wie zu einer zukünftigen europäischen Sicherheitsarchitektur, in enger Abstimmung und unverbrüchlicher Solidarität mit Russlands bedrohten Nachbarstaaten beitragen.

Quellen

- **SPD**
- **"Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch":**
https://www.spd.de/fileadmin/internationalepolitik/20232001_KIP.pdf
- **Fünf-Punkte-Plan: "Gemeinsam für eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik in Europa":**
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/20230307_Neue_Ostpolitik.pdf#
- **Andere:**
- **VN: Charta:** <https://unric.org/de/charta/#kapitel7>
- **EU: RebuildUkraine:** <https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/eu-commission-proposes-ukraine-reconstruction-platform/>